

Stadt Balingen

Europaweite Vergabe einer  
Rahmenvereinbarung über die  
Lieferung, Einrichtung und  
Ausstattung von Medien- und  
Präsentationstechnik

im offenen Verfahren  
nach VgV

**VERFAHRENSLEITFADEN**

## **Stadt Balingen**

Europaweite Vergabe einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Einrichtung und Ausstattung von Medien- und Präsentationstechnik im offenen Verfahren nach VgV

### **Verfahrensleitfaden**

Seite 2 von 13

---

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Vorbemerkungen .....</b>	<b>4</b>
<b>2 Auftraggeber und Terminologie .....</b>	<b>4</b>
<b>3 Anzubietende Leistungen .....</b>	<b>5</b>
<b>4 Angaben zum Vergabeverfahren und dessen Ablauf .....</b>	<b>5</b>
4.1 Vergabeverfahren .....	5
4.2 Hauptangebot, Nebenangebot.....	5
4.3 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, zusätzliche Auskünfte....	5
4.4 Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer .....	6
4.4.1 Bietergemeinschaften .....	6
4.4.2 Eignungsleihe.....	7
4.4.3 Unterauftragnehmer .....	7
4.5 Ablauf des Vergabeverfahrens .....	8
<b>5 Form und Inhalt des Angebots, Zusendung des Angebots.....</b>	<b>8</b>
5.1 Zusendung an die Vergabestelle.....	8
5.2 Nachforderung.....	9
5.3 Kosten der Angebotserstellung .....	9
<b>6 Wertung der Angebote .....</b>	<b>9</b>

## **Stadt Balingen**

Europaweite Vergabe einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Einrichtung und Ausstattung von Medien- und Präsentationstechnik im offenen Verfahren nach VgV

### **Verfahrensleitfaden**

Seite 3 von 13

---

<b>6.1</b>	<b>Eignung des Bieters .....</b>	<b>9</b>
<b>6.2</b>	<b>Zuschlagskriterium Preis .....</b>	<b>10</b>
<b>7</b>	<b>Verschwiegenheitsverpflichtung .....</b>	<b>10</b>
<b>8</b>	<b>Zuschlags- und Bindefrist .....</b>	<b>11</b>
<b>9</b>	<b>Mitteilungen und Bekanntmachungen .....</b>	<b>11</b>
<b>9.1</b>	<b>Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote .....</b>	<b>11</b>
<b>9.2</b>	<b>Bekanntmachung der Auftragsvergabe .....</b>	<b>11</b>
<b>10</b>	<b>Ausschluss vom Verfahren, Änderung der Eignung .....</b>	<b>11</b>
<b>11</b>	<b>Tariftreue und Mindestlohn .....</b>	<b>12</b>
<b>12</b>	<b>Vergabekammer .....</b>	<b>12</b>
<b>13</b>	<b>Anlagen .....</b>	<b>12</b>

## Stadt Balingen

Europaweite Vergabe einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Einrichtung und Ausstattung von Medien- und Präsentationstechnik im offenen Verfahren nach VgV

### Verfahrensleitfaden

Seite 4 von 13

---

#### 1 Vorbemerkungen

Bitte lesen Sie den Leitfaden zur Erstellung des Angebotes sowie die Anlagen sorgfältig durch. Darüber hinaus werden Sie gebeten, unmittelbar die Vollständigkeit der Unterlagen zu überprüfen.

Der Umfang und die Ausgestaltung der zu vergebenden Leistung bestimmen sich nach diesem Leitfaden sowie dessen Anlagen.

Zur Abgabe eines Angebots ist das als **Anlage** beiliegende Angebotsformular zu verwenden.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist ausschließlich in deutscher Sprache zu führen. Die Entgelte sind in Euro und ohne etwaige Umsatzsteuer einzutragen.

Die Ihnen vorliegenden Unterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Eine weitergehende anderweitige Nutzung – gleich welcher Art – ist an die schriftliche Zustimmung der Vergabestelle gebunden.

Mit Angebotsabgabe erklären sich die Bieter damit einverstanden, dass die von ihnen übermittelten Informationen und Daten, insbesondere auch personenbezogene Daten, zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens vom Auftraggeber elektronisch gespeichert und verarbeitet werden.

#### 2 Auftraggeber und Terminologie

Auftraggeber ist die Stadt Balingen:

##### **Stadt Balingen**

Neue Straße 34,  
72336 Balingen

Die Stadt Balingen wird in diesem Leitfaden sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ bezeichnet. Die Bieter werden gleichbedeutend auch als „Unternehmer“ oder „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Parteien“ und „Vertragspartner“ bezeichnet.

## **Stadt Balingen**

Europaweite Vergabe einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Einrichtung und Ausstattung von Medien- und Präsentationstechnik im offenen Verfahren nach VgV

### **Verfahrensleitfaden**

Seite 5 von 13

---

Der Auftraggeber wird in diesem Verfahren beraten und unterstützt von:

**Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB**  
Stresemannstraße 79,  
70191 Stuttgart

### **3 Anzubietende Leistungen**

Gegenstand des Vergabeverfahrens ist der Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Installation, Inbetriebnahme sowie Wartung standardisierter Medien- und Präsentationstechnik für Schulen nach dem Konzept „Balingen Klassenzimmer“.

Das Höchstvolumen der Rahmenvereinbarung beträgt EUR 1.500.000.

Hinsichtlich der weiteren Details wird auf das Leistungsverzeichnis verwiesen.

### **4 Angaben zum Vergabeverfahren und dessen Ablauf**

#### **4.1 Vergabeverfahren**

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Vergabe europaweit in einem offenen Verfahren nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Die Leistungen werden in einem Offenen Verfahren gem. § 15 VgV ausgeschrieben.

#### **4.2 Hauptangebot, Nebenangebot**

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist unzulässig.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

#### **4.3 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, zusätzliche Auskünfte**

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, insbesondere solche, welche die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bieter die Vergabestelle umgehend darauf hinzuweisen.

## Stadt Balingen

Europaweite Vergabe einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Einrichtung und Ausstattung von Medien- und Präsentationstechnik im offenen Verfahren nach VgV

### Verfahrensleitfaden

Seite 6 von 13

---

Der Bieter hat den Auftraggeber auf evtl. Widersprüche in den Ausschreibungsunterlagen und die evtl. Unvollständigkeit der ausgeschriebenen Leistung unverzüglich aufmerksam zu machen.

Die Bieter haben die Möglichkeit, das Vergabeverfahren und den Leistungsgegenstand betreffende Fragen zu stellen.

Die Fragen sind über die Vergabepattform DTVP bis spätestens

**14.07.2026**

einzureichen.

Fragen, die nicht bis zum vorstehenden Termin übermittelt wurden, können grundsätzlich nicht mehr vor dem Ablauf der Angebotsfrist beantwortet werden.

Die Fragen der Bieter werden gesammelt, sortiert und soweit möglich in regelmäßigem Turnus beantwortet. Die Erteilung zusätzlicher Auskünfte infolge von Bieterfragen erfolgt bis spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist.

Die zusätzlichen Auskünfte werden ausschließlich auf der Vergabepattform im Projektraum zur Verfügung gestellt.

**Bitte beachten Sie:** Es obliegt den Bietern, sicherzustellen, dass sie vor Angebotsabgabe mögliche zusätzliche Informationen auf dieser Online-Plattform abgerufen haben bzw. die Online-Plattform auf solche geprüft haben.

Die vor Ende der Angebotsfrist auf oben genannter Plattform veröffentlichten Antworten sind im Rahmen der Angebotserstellung von den Bietern zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

## 4.4 Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer

### 4.4.1 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Aufgabenteilung der Bietergemeinschaft für den Auftragsfall organisatorisch dargestellt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Weiterhin ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Zudem ist eine Erklärung

abzugeben, aus der hervorgeht, worin die Motivation zur Bildung einer Bietergemeinschaft liegt.

#### **4.4.2 Eignungsleihe**

Ein Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung gemäß der Auftragsbekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bieter auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123, 124 GWB vorzulegen.

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die finanzielle Leistungsfähigkeit gemäß Auftragsbekanntmachung ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), haftet/haften diese(s) Unternehmen im Auftragsfalle gemeinsam neben dem Auftragnehmer für die Auftragsausführung.

#### **4.4.3 Unterauftragnehmer**

Für nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer gilt Folgendes: Die Bieter sind bei Angebotsabgabe verpflichtet, die Teile des Auftrags, die sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, sowie, falls bereits bekannt, die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Vor Zuschlagserteilung kann die Vergabestelle von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen, nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen und Erklärungen zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB abzugeben. Einen Unterauftragnehmer, bei dem ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vorliegt, muss der Bieter auf Verlangen der Vergabestelle ersetzen. Die Vergabestelle behält sich vor, die Ersetzung eines Unternehmens zu verlangen, bei welchem ein Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt. Nimmt der Bieter eine solche Ersetzung nicht oder nicht innerhalb der vorgegebenen Frist vor, führt dies zum Ausschluss des betreffenden Bieters.

#### **4.5 Ablauf des Vergabeverfahrens**

Das Vergabeverfahren wird als offenes Verfahren durchgeführt.

Der Bieter hat ein verbindliches Angebot abzugeben, dass alle geforderten Leistungen und Bestandteile des Leitfadens insbesondere nach der Leistungsbeschreibung sowie dem Vertragsentwurf beinhaltet. Das Angebot muss Struktur, Qualität und Kalkulation des Angebots erkennen lassen.

Nach erfolgter Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

### **5 Form und Inhalt des Angebots, Zusendung des Angebots**

#### **5.1 Zusendung an die Vergabestelle**

Die Angebotsübermittlung hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal zu erfolgen. Diese erfolgt im Projektraum über den Menüpunkt „Angebote“. Dort wird das kostenlose „Bietertool“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Bei der Einreichung der Unterlagen sind mögliche Beschränkungen hinsichtlich der Dateigrößen seitens der Online-Vergabeplattform zu beachten.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist die Übermittlung des Angebots zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang kann der Support der Online-Vergabeplattform kontaktiert werden. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

**Anderweitig auf elektronischem Wege übermittelte Angebote, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sind nicht zugelassen.**

Das Angebot ist spätestens bis zum

**28.07.2026, 12:00 Uhr**

einzureichen.



#### Berichtigung oder Änderungen des Angebots:

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebots sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich. Berichtigung oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Angebote in denen Änderungen des Bieters nicht zweifelsfrei sind, werden ausgeschlossen. Für die Einreichung der Berichtigungen oder Änderungen gelten die Maßgaben dieses Verfahrensleitfadens entsprechend. Die Wertung des Angebots erfolgt dann ohne die Berichtigungen oder Änderungen.

Die Einreichung der Berichtigungen oder Änderungen ist über das Bietertool möglich.

## 5.2 Nachforderung

Die Vergabestelle behält sich vor, die Bieter im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht.

**Bitte beachten Sie:** Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist mit Ausnahme von § 56 Abs. 3 Satz 2 VgV ausgeschlossen. Ein Fehlen entsprechender Unterlagen führt zwingend zum Ausschluss vgl. § 57 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 56 Abs. 3 Satz 1 VgV.

## 5.3 Kosten der Angebotserstellung

Für das Bearbeiten und Erstellen des Angebots wird den Bietern keine Entschädigung gewährt.

## 6 Wertung der Angebote

### 6.1 Eignung des Bieters

Mit Angebotsabgabe ist die Eignung gemäß den Vorgaben zu Eignungskriterien der EU-weiten Auftragsbekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich zudem aus den Vorgaben des Angebotsformulars.

Die Eignung ist, soweit nicht anders vorgegeben, für jeden Bieter und jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Ein Bieter kann sich - auch außerhalb einer Bietergemeinschaft - zur Erfüllung der Anforderungen an sein Unternehmen anderer Unternehmen bedienen ("Eignungsleihe", vgl. § 47 VgV). Dabei kommt es nicht auf den rechtlichen Charakter der Verbindung an (z.B. konzerngebundenen Unternehmen). Das Unternehmen, dessen Fähigkeiten sich der Bieter bedient, ist mit Angebotsabgabe anzugeben. Zudem ist durch entsprechende Verpflichtungserklärung nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel des betreffenden Unternehmens im Fall der Auftragserteilung auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Der Bieter darf sich nur Dritter bedienen, bei welchen kein Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB vorliegt. Ein Unternehmen, das das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vorliegt, muss der Bieter auf Verlangen der Vergabestelle ersetzen. Die Vergabestelle behält sich vor, die Ersetzung eines Unternehmens zu verlangen, bei welchem ein Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt. Nimmt der Bieter eine solche Ersetzung nicht oder nicht innerhalb der vorgegebenen Frist vor, führt dies zum Ausschluss des betreffenden Bieters.

Legt der Bieter zum vorläufigen Nachweis seiner Eignung eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß § 50 VgV vor, fordert die Vergabestelle den Bieter, an den sie den Auftrag vergeben will, vor Zuschlagserteilung auf, die geforderten Unterlagen beizubringen.

## **6.2 Zuschlagskriterium Preis**

Der Zuschlag erfolgt auf das unter Berücksichtigung der nachfolgend geschilderten Zuschlagskriterien wirtschaftlichste Angebot. Alleiniges Zuschlagskriterium ist der Preis.

Maßgeblich für die preisliche Wertung sind die vom Bieter in dem Preismengenblatt eingetragenen Entgelte. Die Wertung erfolgt auf Grundlage des Brutto-Gesamtpreises („Gesamtangebotspreis BRUTTO“ im Tabellenblatt „Gesamtangebotspreis“).

## **7 Verschwiegenheitsverpflichtung**

Mit der Abgabe des Angebots verpflichten sich die Bieter zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen.

Die von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen von den Bieter nicht weitergegeben werden. Davon ausgenommen sind Berater und Unterauftragnehmer der Bieter bzw. Bietergemeinschaften, wenn diese nachweisbar zur Wahrung der Vertraulichkeit in derselben Weise verpflichtet worden sind.

## **8 Zuschlags- und Bindefrist**

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Zuschlags- und Bindefrist. Der Bieter ist bis zum 30.10.2026 an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann während der Zuschlags- bzw. Bindefrist nicht zurückgezogen werden.

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass sich für den Fall der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens durch einen Bieter die Zuschlags- und Bindefrist für das Angebot automatisch bis zum Ablauf von drei Wochen nach der rechtskräftigen Beendigung des Nachprüfungs- bzw. Beschwerdeverfahrens verlängert. Der Bieter kann diesem Einverständnis mit Abgabe seines Angebots widersprechen.

## **9 Mitteilungen und Bekanntmachungen**

### **9.1 Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote**

Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mindestens **10 Kalendertage** vor Vertragsabschluss per Fax, E-Mail oder Online-Vergabepattform über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote sowie den frühesten Zeitpunkt des beabsichtigten Vertragsschlusses.

### **9.2 Bekanntmachung der Auftragsvergabe**

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Fall der Zuschlagserteilung auf sein Angebot sein Name und der zu zahlende Auftragspreis bekannt gegeben werden. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen.

## **10 Ausschluss vom Verfahren, Änderung der Eignung**

Ausgeschlossen werden Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten.

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen ebenfalls zum Ausschluss des Angebots.

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass die Eignung der Bieter während des gesamten Vergabeverfahrens fortbestehen muss. Die Vergabestelle ist daher zur erneuten Prüfung der Bietereignung verpflichtet, sofern der Auftraggeber von Sachverhalten Kenntnis erlangt,

die die Eignung des Bieters (Bieter oder Mitglieder einer Bietergemeinschaft) für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistung in Frage stellen könnten.

Um der Vergabestelle die Prüfung des Fortbestands der Bieterreignung zu ermöglichen, sind die Bieter verpflichtet, die Vergabestelle über alle Umstände, die eine erneute Beurteilung der Eignung des Bieters (Bieter oder Mitglieder einer Bietergemeinschaft) begründen können, zu informieren. Hierzu zählen auch beabsichtigte Unternehmensumwandlungen nach dem UmwG. Die Vergabestelle ist jederzeit berechtigt, aktualisierte Eignungsnachweise zu verlangen.

Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

## **11 Tariftreue und Mindestlohn**

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Angebotsabgabe nicht beiliegende bzw. den Anforderungen formal bzw. inhaltlich nicht genügende Erklärungen unter Fristsetzung nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht. Fehlt eine Verpflichtungserklärung auch nach Nachforderung, so ist das Angebot von der Wertung auszuschließen.

## **12 Vergabekammer**

Zuständige Vergabekammer ist die

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe  
Kapellenstraße 17  
76131 Karlsruhe  
Tel.: +49 7219268730  
Fax: +49 7219263985.

## **13 Anlagen**

Neben dem vorliegenden Leitfaden sind die folgenden Anlagen nebst deren Anhängen unmittelbarer Teil und Gegenstand des Vergabeverfahrens:

## **Stadt Balingen**

Europaweite Vergabe einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung, Einrichtung und Ausstattung von Medien- und Präsentationstechnik im offenen Verfahren nach VgV

### **Verfahrensleitfaden**

Seite **13** von **13**

---

Anlage:	Leistungsverzeichnis_Medientechnik
Anlage:	Preismengenblatt
Anlage:	Angebotsformular
Anlage:	EVB IT-Kaufvertrag
Anlage:	EVB-IT Kauf AGB
Anlage:	EVB-IT Instandhaltung-AGB
Anlage:	Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
Anlage:	Information DSGVO